

Ukraine – die zweite Transformation

Eberhard Schneider / Christoph Saurenbach

Unabhängig vom Ausgang der für den 26. Dezember 2004 anberaumten Wiederholung des Stichentscheids der ukrainischen Präsidentschaftswahl erfährt das politische System der Ukraine momentan einschneidende Veränderungen. Nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine am 24. August 1991 und der unvollendeten Transformation vom kommunistischen zu einem semi-autoritären Regierungs- und Gesellschaftssystem eröffnet sich mit der am 8. Dezember 2004 durch das ukrainische Parlament verabschiedeten Verfassungsreform nun die Chance zu einem echten demokratischen Wandel von einem präsidentiellen zu einem parlamentarischen Regierungssystem. Zugleich könnte die Ukraine dadurch zu einem Modell für die anderen GUS-Staaten werden.

Die in zwei Wahlgängen am 31. Oktober und am 21. November abgehaltenen Präsidentschaftswahlen waren nach 1999 die zweiten seit der Verabschiedung der Verfassung im Jahre 1996. Sie markieren das Ende der zehn Jahre währenden Ära Leonid Kutschmas, dem es nicht leicht gefallen ist, die Macht aus der Hand zu geben. Das große Verdienst von Kutschma, der aus dem Clan der Dnipropetrowsker Oligarchen und Politiker stammt, besteht darin, daß er während seiner beiden Amtsperioden die Interessen unterschiedlicher regionaler Eliten und Wirtschaftsgruppen geschickt ausbalanciert und somit zum Erhalt der Ukraine als einheitliches Staatswesen beigetragen hat. Dies geschah aber auf Kosten von Demokratisierung, Meinungsfreiheit und marktwirtschaftlichen Reformen. Insbesondere während Kutschmas zweiter Amtszeit verstärkten sich autoritäre Ten-

denzen in Richtung auf die Ausbildung einer starken Machtvertikale und die Schwächung der demokratischen Kontrolle und der unabhängigen Medien. In dem Maße, in dem Parlament und Regierung an Einfluß verloren, entwickelte sich die Präsidialadministration zur eigentlichen Entscheidungszentrale. Diese wird von Wiktor Medwedtschuk geleitet, der zugleich Vorsitzender der zum Präsidentenlager gehörenden »Vereinigten Sozialdemokratischen Partei der Ukraine« und Chef des Clans der Kiewer Unternehmer und Politiker ist.

Wiktor Janukowytsch, ehemaliger Gouverneur des Gebiets Donezk und seit 2002 Ministerpräsident, war für Kutschma mehr Verlegenheits- als Wunschkandidat. Seine größten Vorzüge in Kutschmas Augen sind seine Loyalität und sein Interesse daran, die gegenwärtige symbiotische Beziehung zwischen oligarchischen Gruppen, Politik und

Gesellschaft zu erhalten. Hinter Janukowytsch steht der einflußreiche Clan der Donezker Unternehmer und Politiker um den Oligarchen Rinat Achmetow, der die regionale Verwaltung und die Medien im Donezker Gebiet kontrolliert.

Das Oppositionsbündnis

Der Kandidat der politischen Alternative zum Kutschma-System, zu dem auch Janukowytsch gehört, ist Wiktor Juschtschenko, der von 1993 bis 1999 Chef der Nationalbank und anschließend bis 2001 Premierminister war. Während dieser Zeit erwarb er sich den Ruf eines reformorientierten Pragmatikers, der die Grundlagen für den Wirtschaftsaufschwung der Ukraine legte. Seit 2002 ist Juschtschenko Vorsitzender des Wahlbündnisses »Unsere Ukraine«, das im März 2002 mit 23,57% der Stimmen die Parlamentswahl gewann und nach dem Auseinanderbrechen des präsidentennahen Fraktionsbündnisses »Für eine einige Ukraine!« im Kiewer Parlament, der Werchowna Rada, mit 22,3% der Abgeordneten die größte Fraktion stellt. Für viele unerwartet, gelang es Juschtschenko in den drei Wochen zwischen den Wahlgängen, eine breite Koalition gegen den »Kandidaten der Macht« Janukowytsch zu schmieden. Nachdem sich die populäre Politikerin Julija Tymoschenko, die unter Premier Juschtschenko dessen Stellvertreterin gewesen war, schon Monate vor der Wahl mit dem Oppositionskandidaten verbündet hatte, sprachen sich Anfang November auch Sozialistenchef Oleksandr Moros und Ex-Premier Anatolij Kinach für Juschtschenko aus.

Julija Tymoschenko war Mitte der neunziger Jahre Chefin des ukrainischen Strommonopolisten »Vereinigte Energiesysteme« und mit dem damaligen Premier Pawel Lasarenko – nicht nur geschäftlich – verbunden. Lasarenko wurde am 3. Juni 2004 vom Gericht des südlichen Bezirks Kaliforniens in allen von der US-Staatsanwaltschaft vorgetragene 29 Anklagepunkten (Erpressung, Geldwäsche und Betrug bei der Überweisung von veruntreuten Geldern

in die USA) schuldig gesprochen. Seit 1999 ist Julija Tymoschenko Vorsitzende des nach ihr benannten Wahlblocks. Bei der letzten Parlamentswahl errang ihr Bündnis 7,26% der Stimmen und stellt in der Werchowna Rada mit 4,2% die zweitkleinste Fraktion. In ihren politischen Zielen unterscheiden sich Juschtschenko und Tymoschenko nicht, nur in der Radikalität ihres Umsetzungswillens.

Dies gilt für die beiden anderen Oppositionspolitiker Oleksandr Moros und Anatolij Kinach nicht. Nach dem Verbot der KPU 1991 war Moros Mitbegründer der »Sozialistischen Partei der Ukraine« als deren demokratische Nachfolgeorganisation und ist seither ihr Vorsitzender. Bei der letzten Parlamentswahl errangen seine Sozialisten mit 6,87% das zweitschlechteste Ergebnis aller angetretenen Parteien. Im ersten Wahlgang der jüngsten Präsidentschaftswahl erhielt Moros weniger als 6% der Stimmen. Er rief seine Anhänger zur Wahl Juschtschenkos auf, nachdem dieser eine Vereinbarung mit ihm unterschrieben hatte, im Falle eines Sieges die Reform des politischen Systems (siehe unten) einzuleiten. Unter einem Präsidenten Juschtschenko dürfte Moros Parlamentspräsident werden, ein Amt, das er schon einmal von 1994 bis 1998 innehatte, wenngleich er wohl lieber die Regierung leiten würde.

Der andere Unterstützer Juschtschenkos, Anatolij Kinach, ist seit 1996 Präsident des Ukrainischen Industriellen- und Unternehmerverbands und seit 1998 Vorsitzender des Koordinationsrats der Konföderation der ukrainischen Arbeitgeber. Im Jahr 2000 gründete er die »Partei der Industriellen und Unternehmer der Ukraine«, die im November 2001 dem präsidentenfreundlichen Block »Für eine einige Ukraine!« beitrug. Inzwischen aber ist Kinach mit seiner Partei aus diesem Block ausgeschieden und in das Oppositionslager gewechselt. Im ersten Präsidentschaftswahlgang am 31. Oktober gaben ihm nur 0,9% der Wähler ihre Stimme.

Allen Oppositionsführern gemeinsam ist die Gegnerschaft zu Staatspräsident Kutschma, dessen Regierungsstil und seinem

designierten Nachfolger Janukowytsch. Erneute Ambitionen auf das Amt des Premierministers werden Kinach nachgesagt, der von 2001 bis 2002 schon einmal Premier und damit Amtsvorgänger von Janukowytsch war. Auf diesen Posten hat aber auch schon Julia Tymoschenko Anspruch erhoben.

Tymoschenko gilt als die entschiedenste Oppositionsvertreterin. Sie lehnte Verhandlungen mit dem Kutschma-Regime nach der gefälschten Stichwahl vom 21. November ebenso ab wie die Aufhebung der Blockade von Regierungsgebäuden. Die von ihr angeführte Parlamentsfraktion stimmte am 8. Dezember als einzige gegen die Verfassungsreformen. Obwohl sie gegen sie gerichtete Korruptionsvorwürfe nie ganz auszuräumen vermochte, ist Tymoschenko eine der beliebtesten ukrainischen Politikerinnen und könnte zur Haupttrivalin eines Präsidenten Juschtschenko werden.

Wenn er die Wahl gewinnt, dürfte es für Juschtschenko nicht leicht sein, die Ansprüche aller politischen Verbündeten zu erfüllen. Gleichwohl ist zumindest in den ersten Monaten mit einem konsequenten Reformkurs zu rechnen. Die Massenproteste in Kiew und anderen Städten haben Juschtschenko einen enormen Vertrauensvorschuß gegeben, ihn aber gleichzeitig zur Erfüllung seiner Zusicherungen verpflichtet, die Korruption zu bekämpfen und den Einfluß der Oligarchen zu beschneiden. Zwar wird auch Juschtschenko von Finanzmagnaten unterstützt, wie zum Beispiel von Petro Poroschenko, dem Eigentümer des einzigen Juschtschenko-freundlichen Fünften Fernsehkanals, doch ist unter Juschtschenko nicht mit einer solch engen Verknüpfung von politischen und wirtschaftlichen Interessen zu rechnen. Allerdings ist gerade diese Verknüpfung für die östlichen Teile der Ukraine prägend. Deshalb drohen diese Regionen im Falle eines Sieges von Juschtschenko mit ihrer Abspaltung von der Ukraine und ihrer Hinwendung zu Rußland.

Spaltung des Landes?

In der Tat unterscheiden sich der Ost- und der Westteil der Ukraine deutlich voneinander. Der Westteil ist ukrainischsprachig, katholisch (im slawisch-byzantinischen Ritus) geprägt und nach Europa orientiert, der Ostteil slawisch-orthodox und auf Rußland ausgerichtet. Doch ist die Abtrennung der östlichen Provinzen oder gar das Auseinanderfallen der Ukraine aus mehreren Gründen unwahrscheinlich:

Zum einen gibt es keine klaren ethnischen, linguistischen oder religiösen Trennlinien, an denen ein Auseinanderbrechen wahrscheinlich wäre. In der Zentralukraine und in den größeren Städten sind die meisten Bewohner zweisprachig und sprechen im Alltag sowohl Ukrainisch als auch Russisch. Da die orthodoxe Kirche in der Ukraine zersplittert ist und sich viele Ukrainer zu gar keiner Religion bekennen, ist auch die Konfession kein eindeutiges, gegebenenfalls trennendes Identitätsmerkmal.

Zum anderen stellen die südöstlichen Regionen, in denen vorwiegend Janukowytsch gewählt wurde, keine politische Einheit dar. Den Interessen des Donezker Clans, der sein Geld durch Geschäfte mit Rußland verdient, um Janukowytsch und den Clananführer Rinat Achmetow stehen die der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Dnipropetrowsk und Charkiw gegenüber. Nach einer Abspaltung wäre die Dominanz Rußlands in dem Gebiet überwältigend, was nicht im Interesse der regionalen Oligarchen und ihrer wirtschaftlichen Ziele wäre.

Dennoch gibt es erhebliche regionale Unterschiede, die sich in den Wählerpräferenzen widerspiegeln. Dies ist unter anderem auf die sozio-ökonomische Struktur der Ukraine zurückzuführen. Bergbau und Metallindustrie, die den Export dominieren, sind im Ostteil konzentriert, während der Westen stark landwirtschaftlich geprägt ist. Dagegen sind in der Zentralukraine moderne Industrien zu finden. Diese regionalen Unterschiede wurden im Wahlkampf bewußt instrumentalisiert. Fernsehsender im Donezker Gebiet stellten

Juschtschenko regelmäßig als prowestlichen Faschisten dar, der die russische Sprache ausmerzen will. Mit den (verfassungswidrigen) Ankündigungen der Gebiete Donezk und Luhansk, Autonomie-Referenden abzuhalten, sollte eine Drohkulisse aufgebaut werden. Die regionalen Gouverneure verdanken ihre Posten Präsident Kutschma und werden indirekt von Achmetow und Janukowytsch kontrolliert. Angesichts der Schwäche der Zivilgesellschaft in der Ostukraine ist eine spontane Massenbewegung mit dem Ziel der Unabhängigkeit oder des Anschlusses an Rußland indes wenig wahrscheinlich.

Doch auch Juschtschenko engagierte sich im Wahlkampf in der Ostukraine nur wenig und schaffte es kaum, das von den staatlichen Medien kreierte Bild eines in der Westukraine verwurzelten Nationalisten zu korrigieren. Da die regionalen Gegensätze durch die polarisierte Wahlkampagne und die offensichtliche Wahlfälschung in einem Landesteil sehr verstärkt wurden, sollte eine zukünftige Führung die regionalen Unterschiede personell widerspiegeln und es vor allem vermeiden, die Landesteile gegeneinander auszuspielen. Juschtschenko könnte versuchen, eine Diskussion über eine Stärkung der föderalen Komponente im ukrainischen Staatswesen anzustoßen und so die Bewohner der Ostukraine für sich zu gewinnen. Auch sind Überlegungen laut geworden, die Gouverneure nicht wie bisher vom Präsidenten, sondern per Direktwahl bestimmen zu lassen. Bislang hatte Juschtschenko dies kategorisch ausgeschlossen, und auch die Verfassung sieht einen Einheitsstaat (mit Ausnahme der Autonomen Krimrepublik) vor. Darüber hinaus könnte Juschtschenko durch gesetzliche Änderungen die Prinzipien der Charta des Europarats über Minderheitensprachen stärker zur Geltung bringen und den Status der russischen Sprache in den Regionen verbessern, die hauptsächlich von Russen und russophonen Ukrainern bewohnt werden.

Transformation des politischen Systems

Seit Jahren gibt es in der Ukraine das Bestreben, das stark präsidial ausgerichtete politische System in ein parlamentarisches umzuwandeln. Präsident Kutschma allerdings hat derartige Vorstöße immer kategorisch abgelehnt und im Gegenteil versucht, das Parlament zu schwächen. Ein entsprechendes Referendum zur Verfassungsänderung, das de facto eine autoritäre Präsidialherrschaft Kutschmas ermöglicht hätte, scheiterte im Sommer 2000 am Widerstand der Werchowna Rada.

Vor diesem Hintergrund erschien der Plan Kutschmas, wenige Monate vor dem Ende seiner zweiten Amtszeit eine Verfassungsreform zur Parlamentarisierung beschließen zu lassen, als durchsichtiges Manöver zur Schwächung seines Nachfolgers. Die Oppositionsfractionen im ukrainischen Parlament lehnten den Regierungsentwurf daher noch im April 2004 ab, die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde knapp verfehlt.

In den unter internationaler Vermittlung geführten Verhandlungen zur Lösung der politischen Krise nach dem 21. November haben sich Präsident und Opposition nun überraschend auf eine Paketlösung geeinigt, die die notwendigen Änderungen im Wahlgesetz (um neue Fälschungen auszuschließen) und die Neubesetzung der Zentralen Wahlkommission mit der Verfassungsreform verknüpft. Am 8. Dezember 2004 wurde sie mit 402 Ja-Stimmen bei 19 Gegenstimmen beschlossen. Letztere kamen von der Fraktion von Julija Tymoschenko, die, nachdem sie früher prinzipiell eine Verfassungsreform gefordert hatte, diese nun ablehnt, weil sie die Kompetenzen eines Präsidenten Juschtschenko beschneiden würde. Die Verfassungsänderungen sehen im Kern vor:

- ▶ Die Parlamentsmehrheit wählt die gesamte Regierung und nicht mehr – wie bisher – nur den Ministerpräsidenten auf Vorschlag des Präsidenten. Jeder Minister muß nun, ähnlich wie in den USA, vom Parlament bestätigt werden. Dabei unter-

breitet der Präsident dem Parlament die Vorschläge für das Amt des Außen- und des Verteidigungsministers.

- ▶ Die Regierung ist sowohl dem Präsidenten als auch dem Parlament verantwortlich, wobei die Amtszeit der Regierung mit der nunmehr fünfjährigen Amtszeit des Parlaments verknüpft ist.
- ▶ Das bisherige Mischsystem aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht wird zugunsten einer reinen Verhältniswahl über Parteilisten ersetzt. Anders als bisher besteht Fraktionszwang.
- ▶ Den Präsidenten vertritt im Falle der Amtsunfähigkeit oder nach einer Amtsenthörung nicht mehr der Premierminister, sondern der Parlamentspräsident.

Die Reformen treten am 1. September 2005 in Kraft, wenn bis dahin Reformgesetze verabschiedet worden sind, die die örtliche Selbstverwaltung betreffen und die Rolle der kommunalen Administration grundlegend verändern. Gelingt das nicht rechtzeitig, gilt die Verfassungsreform erst ab dem 1. Januar 2006.

Die Verfassungsreform birgt auch Gefahren. Einige Parteien in der Werchowna Rada werden von Oligarchen dominiert und vertreten Partikularinteressen, ein stabiles Parteiensystem entlang politischer Ideologien hat sich noch nicht herausgebildet. Auch könnte die »doppelte Verantwortlichkeit« der Regierung zu Instabilität und Verfassungskonflikten führen.

Insgesamt überwiegen aber die Chancen, die mit der Verfassungsreform verbunden sind:

- ▶ Juschtschenko wird im Falle eines Wahlsiegs mindestens neun Monate Zeit haben, wichtige personelle Änderungen vorzunehmen, Reformen auf den Weg zu bringen und nicht nur symbolisch mit der Ära Kutschma zu brechen.
- ▶ Listenwahl, Fraktionszwang und die Notwendigkeit, eine parlamentarische Mehrheit zur Bildung einer Regierung zu finden, könnten mittelfristig zu einer Stärkung des Parteiensystems und zu einer besseren Repräsentanz verschiedener Interessen führen.

- ▶ Die Präsidentschaftswahlen verlieren ihre alles überragende Bedeutung, da die Evolution des politischen Systems und die Verteilung wichtiger Ämter nun nicht mehr ausschließlich von einer Person abhängen. Dadurch würde sich die Wahrscheinlichkeit stark verringern, daß sich ein polarisierender Wahlkampf wie der von 2004 und der massive Einsatz von Verwaltungsressourcen zur Wahlbeeinflussung wiederholen.

Die Änderung der ukrainischen Verfassungsordnung zu einem parlamentarisch-präsidentialen System ist von hoher politischer Bedeutung. Die Ukraine setzt sich dadurch von einem in fast allen GUS-Staaten vorhandenen Trend zum »Superpräsidentialismus« und zur Schwächung demokratischer Kontrolle ab. Obwohl der Präsident einige wichtige Vollmachten wie zum Beispiel das suspensive Veto und die Ernennung der regionalen Gouverneure behält, wird das neue politische System der Ukraine eher dem Polens als dem Rußlands ähneln.

Die friedlichen Massenproteste in Kiew und anderen ukrainischen Städten deuten auf die Herausbildung einer selbstbewußten Zivilgesellschaft hin, die in einem parlamentarischen System mit ausgeprägten *checks and balances* einen viel stärkeren Einfluß auf Politikgestaltung nehmen könnte als bisher. Dies eröffnet die Chance auf einen echten demokratischen Wandel, auf eine zweite Transformation, die sich stärker am Modell Mitteleuropas als dem im GUS-Raum vorherrschenden Semi-Autoritarismus orientiert.

Die internationale Dimension

Noch nie haben Wahlen in der Ukraine sowohl im Vorfeld als auch nach der Abstimmung so viel internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die Präsidentschaftswahl wird nicht nur in Rußland, sondern auch im Westen als »Richtungsentcheidung« angesehen. So versuchten sowohl Rußland als auch EU-Europa und die USA, wenn auch in unterschiedlichem Maße, den Wahlausgang zu beeinflussen.

Interessen und Einfluß Rußlands

Rußlands Präsident Putin ging und geht offenbar davon aus, daß die USA den Kandidaten der Opposition Juschtschenko massiv unterstützen und, sollte dieser die Wahl gewinnen, versuchen werden, das Land aus dem russischen Einflußbereich herauszubrechen. Die Tatsache, daß Juschtschenkos Frau Ukrainerin mit amerikanischem Paß ist und früher im Weißen Haus für die Koordinierung der amerikanisch-ukrainischen Programme zuständig war, mag diesen Argwohn zusätzlich gesteigert haben. In Rußland fürchtet man zudem um die Zukunft des prestigeträchtigen Projekts »Einheitlicher Wirtschaftsraum«, das Rußland, die Ukraine, Belarus und Kasachstan integrieren soll, und sieht einer stärkeren Anlehnung der Ukraine an die NATO mit Sorge entgegen. Außerdem könnte der Erfolg einer demokratischen Opposition ein Jahr nach der »Rosenrevolution« in Georgien auf die Stabilität anderer von Moskau unterstützter Regime im GUS-Raum ausstrahlen.

In den russischen Medien wird der Oppositionskandidat Wiktor Juschtschenko als ukrainischer Nationalist, Vasall Amerikas und Feind Rußlands dargestellt, Janukowjtsch hingegen als erfolgreicher Regierungschef, der als Präsident die bilateralen Beziehungen zu Rußland stärken würde. Verschiedenen Quellen zufolge stammt die Hälfte des mindestens 600 Millionen US-Dollar umfassenden Wahlkampfbudgets Janukowjtschs von russischen Firmen, die ihre Summen auf Anweisung der Kreml-Administration bereitstellten, wobei allein der halbstaatliche russische Erdgaskonzern Gazprom 250 Millionen Dollar aufbrachte.

All das verblaßte jedoch gegenüber dem offenen Engagement des russischen Präsidenten im ukrainischen Wahlkampf. Zunächst lud Putin seine »Freunde« Kutschma und Janukowjtsch anlässlich seines Geburtstags vor versammelter Presse in seine Residenz unweit von Moskau ein, dann reiste er selbst nur wenige Tage vor dem ersten Wahlgang nach Kiew. Während seines dreitägigen Aufenthalts dort wickelte Janukowjtsch selten von seiner Seite, ob bei

dem Besuch eines Konzerts oder bei der Abnahme einer (aus leicht einsehbaren Gründen um einige Tage vor den ersten Wahlgang vorverlegten) Militärparade zur Feier der Befreiung Kiews von deutscher Besatzung im Jahre 1943.

Der Höhepunkt des persönlichen Engagements Putins war ein mehrstündiges, auf drei ukrainischen Fernsehkanälen ausgestrahltes Live-Interview, in dem der russische Präsident die Leistungen der ukrainischen Regierung und die hervorragenden bilateralen Beziehungen lobte. Selbst die russische Staatsduma wurde für Wahlkampfzwecke eingespannt: Noch vor der Stichwahl beschloß sie Einreise- und Aufenthaltserleichterungen für ukrainische Staatsbürger und legte die Grundlage für ein bilaterales Übereinkommen zur doppelten Staatsbürgerschaft.

Folgerichtig gratulierte Putin noch während einer Auslandsreise von Brasilien aus als erster Staatschef Janukowjtsch zum Wahlsieg. Es spricht viel dafür, daß dieses Szenario – Veröffentlichung der (gefälschten) Wahlergebnisse schon am Morgen nach der Stichwahl, prompte Gratulation Putins, um der Wahl Legitimität zu verleihen – zwischen Kutschma und Putin auf einem Treffen auf der Krim zwischen den Wahlgängen vereinbart worden war. Doch ging Putins Kalkül nicht auf, da es das ukrainische Nationalbewußtsein und die stärker als in Rußland entwickelte Zivilgesellschaft unterschätzte. Die offensichtliche Unterstützung Rußlands für Janukowjtsch könnte sogar zu einer Trotzreaktion der ukrainischen Wähler geführt haben.

Interessen und Einfluß des Westens

Das unmittelbare westliche Interesse an der Präsidentenwahl knüpft sich daran, daß sie entsprechend den OSZE-Standards frei und fair verläuft – was bisher nicht der Fall war. Das grundsätzliche Interesse des Westens an der Ukraine bezieht sich auf die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes von Rußland. Die Ukraine war nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 nicht sofort bereit,

ihre Atomwaffen Rußland zu übergeben. Dazu kam es erst, als die USA Kiew versprochen, die Unabhängigkeit des Landes praktisch zu garantieren. Nach dem bekannten Wort des ehemaligen Sicherheitsberaters von Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, wird Rußland zum Imperium, wenn es wieder über die Ukraine verfügt.

Sowohl von russischer als auch von ukrainischer Seite wurde das Thema der westlichen Einflußnahme zugunsten Juschtschenkos thematisiert. Das ukrainische Parlament setzte sogar einen Untersuchungsausschuß ein, der die Aktivitäten westlicher Stiftungen, zum Beispiel der Soros Foundation und der Friedrich-Ebert-Stiftung, im ukrainischen Wahlkampf durchleuchten sollte.

Die Europäische Union hielt sich zurück und betonte die Wichtigkeit freier und demokratischer Wahlen für die weitere Entwicklung der Beziehungen zur Ukraine. Die USA zeigten mehr Interesse am Wahlausgang und drohten der ukrainischen Regierung mit Sanktionen für den Fall von Wahlmanipulationen. Zudem besuchten mit Henry Kissinger, Madeleine Albright und Richard Holbrooke mehrere amerikanische Außenpolitiker die Ukraine, wenngleich keiner davon offizielle Funktionen in der Regierung Bush erfüllt. Wenige Tage vor dem zweiten Wahlgang entsandte der US-Präsident den Vorsitzenden des Senatsausschusses für Außenbeziehungen, Richard Lugar, als persönlichen Gesandten nach Kiew, um den Wahlverlauf zu beobachten.

Der Westen mischte sich zwar weniger intensiv in den Wahlkampf ein, machte aber auch kein Geheimnis daraus, daß seine Sympathien dem als demokratisch und westorientiert geltenden Juschtschenko galten.

Die Ukraine könnte zunehmend zum Spielball einer Konfrontation zwischen Rußland und dem Westen werden. Ein großer Teil der russischen politischen Klasse, aber auch einige Politiker in den USA und der EU denken in geopolitischen Kategorien und Einflußsphären. Die neue EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-

Waldner etwa kündigte vor dem Europaparlament in Anspielung auf autoritäre Tendenzen in Rußland an, sie werde alles tun, damit »wenigstens die Ukraine auf unserer Seite bleibt«.

Putin wehrte sich gegen die Einflußnahme seitens der USA, der EU und der OSZE. Der russische Vertreter bei der EU, Sergej Jastrschembskij, warf dem Westen sogar vor, die Proteste in Kiew angezettelt zu haben, um einmal die »Stärke des post-sowjetischen Territoriums mit den Mitteln der Straße« zu testen. Ein derartiges Null-Summen-Denken verkennt allerdings, daß die Ukraine unabhängig vom Ausgang der politischen Krise eine balancierte Außenpolitik verfolgen muß. Eine zu deutliche Hinwendung zu Rußland oder zur EU würde die Spannungen auch innerhalb des Landes verschärfen.

Neuorientierung der ukrainischen Außenpolitik

Ungeachtet des enormen Stellenwerts, der den ukrainischen Präsidentschaftswahlen im Ausland beigemessen wurde und wird, spielte Außenpolitik in diesem Wahlkampf eine untergeordnete Rolle. Bei den Wahlen ging es in erster Linie um innenpolitische Themen, wie die Bewertung des Kutschma-Regimes, Korruption, Medienfreiheit, den Einfluß von Oligarchengruppen und die wirtschaftliche Entwicklung, kurzum, um den Charakter des ukrainischen politischen Systems: Janukowytsch steht für das alte, Juschtschenko für das bereits in der Verfassungsreform institutionell vorweggenommene neue System.

Juschtschenko gilt als pro-westlicher Reformpolitiker, der während seiner zweijährigen Amtszeit als Ministerpräsident konsequent marktwirtschaftliche Reformen verfolgte und letztlich auf Druck einflußreicher Oligarchen entlassen wurde. Daher besteht die Chance, daß eine Präsidentschaft Juschtschenkos jener Dichotomie in der ukrainischen EU-Politik ein Ende bereiten könnte, die darin besteht, eine EU-freundliche Rhetorik zu pflegen, ihr aber

keine Taten folgen zu lassen. Dies wird in entscheidendem Maße davon abhängen, ob Juschtschenko die wuchernde Korruption effektiv bekämpfen kann, ob sich reformorientierte Kräfte in seinem Lager durchsetzen werden und ob es ihm gelingt, die Werchowna Rada für marktwirtschaftliche Reformprogramme zu gewinnen.

Trotz der vorhersehbaren schwierigen persönlichen Beziehung Juschtschenkos zu Putin ist mit einer bedeutenden Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland nicht zu rechnen. Dagegen spricht, daß unter Juschtschenko als Premier der Umfang russischer Investitionen erheblich anstieg und russische Unternehmen sich in den Jahren 2000/01 erstmals mit hohen Beträgen an der Privatisierung ukrainischer Betriebe beteiligten. Außerdem mußte schon der erste Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, schmerzlich erfahren, daß eine radikale Abkehr von Rußland aufgrund der engen kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Verflechtungen beider Staaten – man denke nur an die völlige Abhängigkeit der Ukraine von russischem Gas und Öl – mittelfristig nicht möglich ist.

einigen Politikfeldern und sind nicht stark genug, um die ukrainische Politik nachhaltig zu beeinflussen

Folgende konkrete Schritte könnte die EU unternehmen:

- ▶ Überarbeitung oder gar Neuverhandlung des gegenwärtigen EU-Ukraine-Aktionsplans, der auf die Kutschma-Regierung ausgerichtet war;
- ▶ Prüfung, ob der Ukraine nicht bald der Status einer Marktwirtschaft zuerkannt werden kann;
- ▶ Beschleunigung der Verhandlungen über den Beitritt der Ukraine zur WTO;
- ▶ Überarbeitung des zu stark technisch ausgerichteten Partnerschafts- und Kooperationsabkommens und Umwandlung in ein Assoziierungsabkommen, das eine EU-Mitgliedschaft nicht ausschließt;
- ▶ Anwendung von Heranführungshilfen der EU auf die Ukraine. In Frage kämen zum Beispiel ISPA (Instrument zur Förderung von Umwelt- und Verkehrsprojekten), SAPARD (Programme für die Landwirtschaftsentwicklung) sowie Twinning-Programme.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Anforderungen an die deutsche und europäische Politik

Die Vorgänge in der Ukraine haben die Aufmerksamkeit der Welt auf das Land gelenkt.

Um zu verhindern, daß es vor der wiederholten Stichwahl wieder zu einer einseitigen Fernsehberichterstattung kommt, sollte die Deutsche Welle ihr ukrainischsprachiges Rundfunkprogramm ausweiten, und sei es nur für die Dauer der Wahlperiode. Durch Rundfunkberichte der Deutschen Welle kann die einseitige Fernsehberichterstattung zwar nicht verhindert, deren Wirkung jedoch gedämpft werden.

Die Europäische Union sollte durch konkrete Anreize den Transformationsprozeß in der Ukraine unterstützen. Die bisherigen Stimuli bestehen hauptsächlich im schrittweisen Zugang zum europäischen Binnenmarkt und in begrenzter Kooperation in